

RAF-Terror nur für die anderen?

7. April 1977. Der Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback ist Auftakt einer Terror-Serie der „Roten Armee Fraktion“ (RAF), die als „Deutscher Herbst“ in die Geschichte eingeht.

40 Jahre später stehen insbesondere die Taten, Opferfamilien und RAF-Aktivisten im Mittelpunkt der Berichterstattung. Kaum eine Rolle spielt dabei, dass die Bundesregierung 1977 einerseits die RAF-Bedrohung zur Staatsaffäre erklärte, andererseits aber den Schutz ihrer Spitze vernachlässigte. Interessante Details dazu werden bis heute geheim gehalten, wurden jahrzehntelang schlicht übersehen oder falsch beurteilt.

Im Garten des Bundeskanzleramtes gaben sich Loki und Helmut Schmidt 1977 ein ganz privates Versprechen: Im Fall einer Entführung durch die RAF lehnt das Ehepaar einen Austausch gegen inhaftierte Terroristen ab. Die klare Botschaft: Der Staat lässt sich nicht erpressen – auch nicht dann, wenn es um die Regierungsspitze und ihr privates Umfeld geht. Vordergründig ein selbstloses Bekenntnis mit der Bereitschaft, persönliche Opfer zu bringen.

Doch hintergründig gibt es auch eine andere Seite im Umgang mit der RAF-Bedrohung von Staats wegen.

So dokumentiert das Wohnhaus des Kanzlerehepaars im Garten des Palais Schaumburg bis zum heutigen Tag ein lückenhaftes Sicherheitskonzept. Durchaus vorhandene Möglichkeiten für verbesserten Schutz der Regierungsspitze blieben ungenutzt – fast so, als gelte die RAF-Bedrohung allem, nur nicht dem Bonner Regierungsviertel.

Wie auf dem Präsentierteller stellte der sogenannte Kanzlerbungalow mit seinen Glasfronten und größtenteils ohne Deckung ein erstklassiges Angriffsziel für Terroristen dar. Vom Zaun um das Kanzleramt bis zum „Wohn- und Empfangsgebäude des Herrn Bundeskanzlers“, so der offizielle Name des 1963/64 unter Ludwig Erhard errichteten Bungalows, sind es aus allen vier Himmelsrichtungen nur 200 Meter. Durch das umliegende Parkgelände patrouillierten zwar Kräfte des Bundesgrenzschutzes und auch im Wohnbereich

der Schmidts waren Sicherheitsbeamte untergebracht. Doch für den Fall eines gut organisierten RAF-Überfalls auf den Kanzlerbungalow und seine Bewohner wies das Sicherheitskonzept massive Mängel auf – insbesondere bauliche.

Eine Panzerglaswand vor dem Gebäude Richtung Rhein sollte es richten. Bei Beschuss aus großer Distanz vielleicht wirksam, bot das gläserne „Bollwerk“ keinen Schutz vor anstürmenden Terror-Trupps. Architekt Sep Ruf entwarf das Haus ganz im Sinne von „Leichtigkeit und Transparenz“ in einer Zeit, als sich die Bedrohungslage für die Bundesregierung eher aus den Umständen des Kalten Krieges ableitete. Entgegen der Planung des Star-Architekten veranlasste die Bundesbauverwaltung die Einrichtung eines bombensicheren Luftschutzkellers unter dem Bungalow. 1965 entschied das Bundeskanzleramt dessen Geheimhaltung.

Der Bunker vegetiert seitdem außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung vor sich hin – und gibt Rätsel auf.

Warum nutzte man die knapp 50 Quadratmeter in direkter Umgebung des Wohn- und Lebensbereichs der Bundeskanzler in RAF-Zeiten nicht als geschützten Rückzugsraum? Warum wurden sie nicht in das Sicherheitskonzept einbezo-

Kanzlerbungalow in Bonn. Abgesehen von einer Panzerglaswand im Garten gibt es 1977 im Gebäude keinerlei Umbauarbeiten, die eine Bedrohungslage durch die RAF dokumentieren.

gen, was ohne größeren baulichen und finanziellen Aufwand möglich gewesen wäre?

Wie weit ließ man die RAF-Bedrohung emotional und in Denkmodellen vordringen ins Regierungsviertel und dessen Mittelpunkt?

Im Januar 2015 begann Jörg Diester mit der Auswertung von Akten zum Kanzlerbungalow im Bundesarchiv, die auch das hätten beantworten können. Denn vom Anrollen der Bagger für den Bau 1963 bis zum Auszug der Kohls im September 1999 ist eine quantitativ und qualitativ hochwertige Dokumentensammlung vorhanden. Was darin fehlt: Auch nur ein Gedanke, ein einziger Satz zur Terrorbedrohung durch die RAF.

Baupläne und Kostenstellen im Bundeshaushalt liegen vor, Protokolle zu internen Besprechungen im Kanzleramt, die laufenden Ausgaben für Fensterreinigung und Inventarlisten zu Besteck und Möbeln. Auch der Luftschutzkeller ist Thema, zum Ende der Baumaßnahme 1964 mit dem Notwendigsten eingerichtet. Doch bereits zur Übergabe des Hauses an die ersten Bewohner Erhard ist die Bunkertür verschlossen. Sie bleibt es über Jahrzehnte.

Mit der Kanzlerschaft Willy Brandt ändert sich die Nutzung des Gebäudes. Das Ehepaar Brandt zieht nicht in den Bungalow ein. Der wird für Besprechungen des Kanzleramtes genutzt und als Gästehaus bei Staatsbesuchen. Sogar Delegationen aus der DDR gehen nun ein und aus. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) schafft es, die Telefonleitungen anzuzapfen.

Zwischen RAF und DDR-Staatssicherheit entwickelt sich in den 1970er Jahren eine ganz eigene Beziehung. Den Westdeutschen gewährt der Arbeiter- und Bauernstaat Unterschlupf und organisiert deren paramilitärische Ausbildung. Damit wird der ostdeutsche Geheimdienst auch zur Schnittstelle zwischen Ortskenntnissen in und um den Kanzlerbungalow und der RAF-Szene. Das Sicherheitskonzept der Kanzlerunterkunft funktelt auf dem Silbertablett deutsch-deutscher Geschichtsschreibung.

Allein: Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung, den Personenschutz im Haus des Bundeskanzlers baulich zu verbessern. Die Möglichkeit, einen „Panic-Room“ im leerstehenden Bunker einzurichten, wird nicht genutzt. Dabei ist die Evakuierungsstrecke aus dem Schlaf- oder Wohnzimmer über eine Treppe in den Schutzraumkomplex in wenigen Sekunden machbar. Tür zu und verbarrikadiert, abwarten bis es Entwarnung gibt – es hätte so einfach sein können.

Stattdessen lassen sich Helmut und Loki Schmidt eine Sauna im Keller einbauen – und geben sich ihr denkwürdiges Versprechen.

Die faktische Lücke im Sicherheitssystem ist in der historischen Betrachtung gleichzusetzen mit einer Terror-Ignoranz der Bundesregierung für ihre Spitze. Oder mit einer Fehleinschätzung der Bedrohungslage. Das „Prinzip Hoffnung“ zu bemühen, scheint vage und nicht nachvollziehbar.

So bleibt dieser Teil deutscher Geschichte im Dunkeln – wie der Bunker unterm Kanzlerbungalow selbst. Im Dezember



Richtfest auf der Kellerdecke des Kanzlerbungalows (5.v.r. Ludwig Erhard). Johannes Rossig (2.v.r.) ist ab 1963 zuständig für zwei Bunkerbauten - im Ahrtal wie auch unter dem Bungalow.

1963 versiegelt, wurden einige Abschnitte der geheimen Baumaßnahme erstmals im Februar 2014 besichtigt und fotografiert.

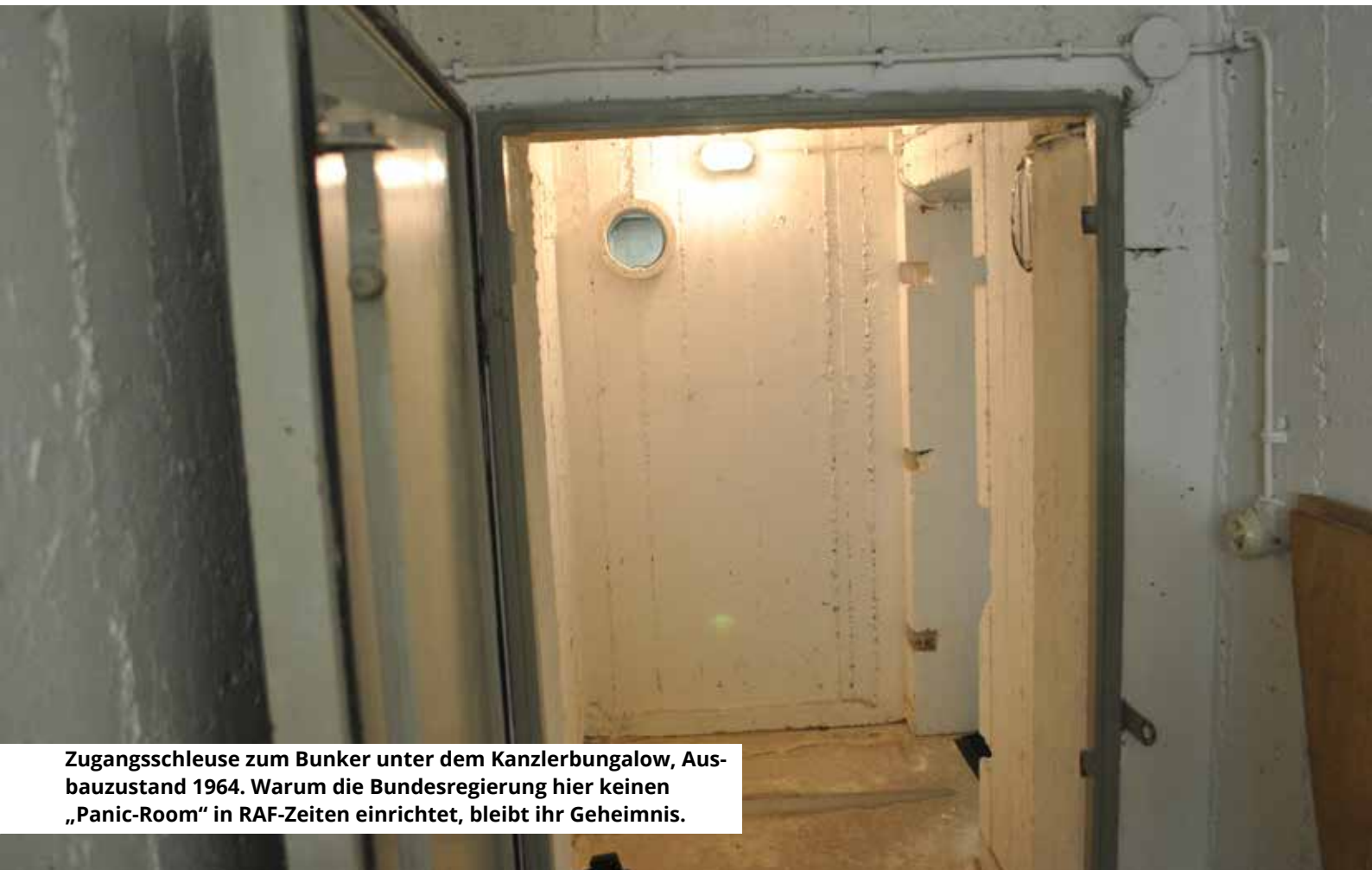
Das Buch zur Geschichte des geheimen Bunkers unter dem Kanzlerbungalow erscheint im Herbst 2017. Es beschreibt

darüber hinaus die bauliche „Sicherheitsarchitektur“ der Bundesregierung über bedeutende Regierungsbauten zwischen 1949 und heute.

(07. April 2017)



Außenbauwerke des Regierungsbunkers im Ahrtal 1977: Die Möglichkeit terroristischer Anschläge schlägt sich in einem neuen Sicherheitskonzept wider. Baulich wird aufgerüstet. Im Gegensatz zum unmittelbaren Wohn- und Arbeitsbereich des Kanzlers wird kräftig in den Terrorschutz seines Kriegsquartiers investiert.



Zugangsschleuse zum Bunker unter dem Kanzlerbungalow, Ausbauzustand 1964. Warum die Bundesregierung hier keinen „Panic-Room“ in RAF-Zeiten einrichtet, bleibt ihr Geheimnis.